

# NIEDERSCHRIFT

|                 |   |               |                  |
|-----------------|---|---------------|------------------|
| Körperschaft:   | <b>Gemeinde Bad Zwischenahn</b>                         |               |                  |
| Gremium         | <b>Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus</b> |               |                  |
| Sitzung am:     | <b>Montag, 30.09.2013</b>                               |               |                  |
| Sitzungsort:    | <b>Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5</b>        |               |                  |
| Sitzungsbeginn: | <b>17:00 Uhr</b>  | Sitzungsende: | <b>18:45 Uhr</b> |

## TEILNEHMERVERZEICHNIS

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Dr. Frank Martin CDU

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Diethard Dehnert UWG  
Herr Jochen Finke CDU  
Herr Ralf Haake CDU  
Herr Georg Köster GRÜNE  
Herr Wolfgang Mickelat SPD  
Herr Helmut Ohlert SPD  
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD  
Herr Dr. Horst-Herbert Witt FDP

#### **Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling bis TOP 7, 18:30 Uhr  
Herr Wilfried Fischer  
Herr Carsten Meyer  
Herr Rolf Oeljeschläger  
Herr Martin Wichelmann  
Frau Helga Buß zugleich Protokollführerin

**Tagesordnung:**

**Seite:**

**Öffentlicher Teil**

|      |   |   |
|------|---|---|
| 1.   | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 3 |
| 2.   | Genehmigung der Protokolle vom 26.08.2013 (Nr. 90) und 10.09.2013 (Nr. 93)      | 3 |
| 3.   | Bericht der Verwaltung  |   |
| 3.1. | Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen                  | 3 |
| 3.2. | Jahresabschlüsse 2009 ff.   | 4 |
| 3.3. | Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben                                 | 4 |
| 3.4. | KMU-Förderprogramm - Fortsetzung ab 2014  | 4 |
| 3.5. | Markt im Advent und Lichterwochen 2013  | 5 |
| 3.6. | Mögliche Änderungen zum Haushaltsentwurf  | 5 |
| 4.   | Bericht zum Stand der Haushaltsführung  | 7 |
| 5.   | Haushalt 2014<br>Vorlage: BV/2013/168   | 7 |
| 6.   | Breitbandausbau in der Ortschaft Dänikhorst<br>Vorlage: BV/2013/164             | 8 |
| 7.   | Straßenausbaubeitragssatzung<br>Vorlage: BV/2013/166                            | 8 |
| 8.   | Anfragen und Hinweise   | 9 |
| 9.   | Einwohnerfragestunde  |   |
| 9.1. | Fördergelder für Straßensanierung   | 9 |

**Nicht öffentlicher Teil**

## Öffentlicher Teil

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Dr. Martin eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

### 2 Genehmigung der Protokolle vom 26.08.2013 (Nr. 90) und 10.09.2013 (Nr. 93)

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 26.08.2013 (Nr.90) und 10.09.2013 (Nr. 93) werden genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- 10 -

### 3 Bericht der Verwaltung

#### 3.1 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen

Für die Aufnahme und Umschuldung von Krediten ist der Bürgermeister zuständig. Der Rat gibt aber gemäß § 58 Abs. 1 Nr.15 NKomVG über eine Richtlinie den Rahmen vor. Eine entsprechende Richtlinie hat der Gemeinderat am 28.03.2006 beschlossen; dem WuFT ist in jeder Sitzung über die Ausführung der Richtlinie zu berichten.

#### Neuaufnahmen

Bislang haben wir keine Darlehen aufgenommen. Die KfW hat für die im Haushaltsjahr 2012 veranschlagte erste Rate für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchtmittel ein Darlehen in Höhe von 271.000 € bewilligt. Das Darlehen werden wir nach Durchführung der Maßnahme abrufen. Die Zinskonditionen werden bei Abruf festgelegt. Derzeit beträgt der Zinssatz ca. 0,7 bis 0,85 %.

#### Zinsanpassungen/Umschuldungen

Seit den letzten Sitzungen hat es keine Zinsanpassungen mehr gegeben. Am 30.10. steht ein vom Eigenbetrieb Baubetriebshof übernommenes Darlehen der LzO mit einem Restkapital von 41.787,91 € zur Zinsanpassung an. Das Darlehen soll getilgt werden.

Weitere Zinsanpassungen stehen in diesem Jahr nicht an.

- 20 -

### **3.2 Jahresabschlüsse 2009 ff.**

Anlässlich der Beschlussfassung über die Eröffnungsbilanz hatten wir über unseren Zeitplan zur Erstellung der Jahresabschlüsse berichtet. Dieser sieht vor, dass der Jahresabschluss 2009 bis Ende des Jahres 2013 erstellt (also dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegt) wird; die weiteren Abschlüsse sollen dann in Halbjahresschritten nachgeholt werden.

Dieser Zeitplan besteht weiterhin. Den Jahresabschluss 2009 werden wir bis Jahresende dem RPA vorlegen können, den Abschluss 2010 voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2014. Im Jahresabschluss 2009 hatten wir neben den Problemen, die bei einem erstmaligen Abschluss nach neuem Recht ohnehin bestehen, das weitere Problem, sehr viele Investitionsmaßnahmen bilanzieren zu müssen (der Bau des Troges und der Rathausumbau wurden abgeschlossen, der I. Bauabschnitt der Realschule wurde realisiert und die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II). Für die Folgejahre dürften aber die Arbeiten aufgrund der gewonnenen Erfahrungen und des ab 2010 auch geringeren Investitionsvolumens zügiger voranschreiten.

- 20 -

### **3.3 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben**

In der Hauptsatzung ist geregelt, dass der Bürgermeister für über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10.000 € zuständig ist. Bisher lagen die Wertgrenzen bei 5.000 € für überplanmäßige und 2.500 € für außerplanmäßige Ausgaben. Künftig soll über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben berichtet werden, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, aber die früheren Wertgrenzen überschreiten. Wir werden in jeder WuFT-Sitzung hierzu berichten.

#### Haushaltsjahr 2013

Für die Aufstellung von Audioguides-Hörstationen in der Gemeinde Bad Zwischenahn im Rahmen des ILEK-Förderprojekts wurden außerplanmäßig 5.500 € bereitgestellt. Zur Deckung standen Fördereinnahmen für Audio-Guides und der Dorferneuerung Elmendorf-Helle zur Verfügung.

Für die Erneuerung einer Zaunanlage beim Jugendzentrum Bad Zwischenahn wurden außerplanmäßig 5.700 € benötigt. Der Betrag konnte durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben bei der baulichen Unterhaltung von Jugendzentren gedeckt werden.

- 20 -

### **3.4 KMU-Förderprogramm - Fortsetzung ab 2014**

Das aktuelle KMU-Programm (Kommunale Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen) läuft Ende 2013 aus. Es wurde zu 50 % durch EU-Gelder und kommunale Mittel des Landkreises und der Ammerland-Gemeinden finanziert. Im Ergebnis bleibt für dieses Förderprogramm festzuhalten, dass es im starken Maße dazu beigetragen hat, Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern und Ausbildungsplätze zu gewährleisten. Daher wird eine Weiterführung des Programms auf kommunaler Ebene angestrebt. Die Förderperiode soll sich auf die Jahre 2014 bis 2020 erstrecken. Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungen auf Kreisebene hat sich bewährt.

Da die EU-Förderung entfällt, müssten folgerichtig die kommunalen Haushaltsmittel (Landkreis und Gemeinden) verdoppelt werden. Um dies zu vermeiden, sollen die Voraussetzungen für eine Förderung geändert werden. Die Förderrichtlinie wird daher am 23.10.2013 in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landkreises vorgestellt. Eine abschließende Beschlussfassung durch den Kreistag ist für die Sitzung am 18.12.2013 vorgesehen.

Außerdem ist eine Beschlussfassung in den gemeindlichen Gremien erforderlich. Die Verwaltung wird daher die Angelegenheit in der nächsten Sitzung wieder vorlegen. Unabhängig davon wird sich der Eigenanteil der Gemeinde voraussichtlich von derzeit 50.000 € auf 64.000 € pro Jahr erhöhen.

- 23/80 -

### **3.5 Markt im Advent und Lichterwochen 2013**

Seit Juli trifft sich bereits der Arbeitskreis „Markt im Advent“, um die Planungen für den diesjährigen Markt voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wurden auch schon die Eckdaten für den kommenden Markt festgelegt.

Der diesjährige Markt im Advent findet in der Zeit vom 30.11. bis 22.12.2013 auf dem Marktplatz statt. Die Öffnungszeiten sind wie im Vorjahr am Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag jeweils von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr, am Donnerstag von 14:00 Uhr bis 21:00 Uhr und am Samstag und Sonntag von 11:00 Uhr bis 20:00 Uhr.

Der Markt sowie die Lichterwochen werden am 30.11.2013 um ca. 16:45 Uhr durch Herrn BM Dr. Schilling per Knopfdruck eröffnet. Vorher wird in der St.-Johannes-Kirche der schon traditionelle Eröffnungsgottesdienst durch Frau Pastorin Testa abgehalten.

Im Wesentlichen soll sich der Markt wie im Vorjahr präsentieren. Auf der Marktplatzbühne wird an den Wochenenden wieder ein abwechslungsreiches Kulturprogramm angeboten. Ebenso sind auch das Haus Brandstätter sowie das Feldhus in die weihnachtlichen Marktaktivitäten eingebunden.

- 23/80 -

### **3.6 Mögliche Änderungen zum Haushaltsentwurf**

Seit der Versendung der Haushaltsunterlagen haben sich folgende Veränderungen ergeben, die bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen sind:

#### **A) EWE-Beteiligung**

Im vorliegenden Entwurf haben wir die Verzinsung unseres Anteils noch nicht aufgenommen. Aufgrund des nunmehr erfolgten Ratsbeschlusses können wir ab 2014 eine jährliche Einnahme in Höhe von 51.100 € einplanen.

#### **B) Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen**

Die Kreisumlage haben wir auf der Grundlage des bestehenden Hebesatzes von 35,5 % eingeplant, die Schlüsselzuweisung auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Am 19.09.2013 wurde in den Niedersächsischen Landtag der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes eingebracht, in dem u. a. eine Verschiebung der Zuweisungen aus den Schlüsselzuweisungen von den Kreisen zu den Gemeinden vorgesehen ist. Begründet ist diese Verschiebung mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund. Aufgrund der hierdurch erhaltenen Entla-

stung sinkt der Finanzbedarf der Kreise, so dass die Mittel stärker den Gemeinden zugutekommen sollen. Darüber hinaus sieht das Gesetz eine andere Verteilung der Schlüsselzuweisung an die Kreise durch eine Neugewichtung der Kriterien Einwohnerzahl, Soziallasten und Fläche vor.

Der Landkreis hat die Verluste bei den Schlüsselzuweisungen mit 750.000 € durch die Verschiebung zu den Gemeinden und mit 1.550.000 € durch die Neugewichtung der Kriterien beziffert, insgesamt also mit 2,3 Mio. €. Angekündigt wurden Gespräche über eine „Anpassung“ der Kreisumlage.

Unseres Erachtens sind zunächst einmal die tatsächlichen Auswirkungen abzuwarten. Die Ansätze für die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage sind nach Bekanntgabe der vorläufigen Grundbeträge für den Finanzausgleich im November zur WuFT-Sitzung im Dezember ohnehin anzupassen.

Hinzuweisen ist noch darauf, dass die Erhöhung der Kreisumlage den Gemeindehaushalt pro Punkt mit rd. 250.000 € belastet.

### C) Steuerprüfung der Jahre 2008 bis 2011

Das Finanzamt für Großbetriebsprüfung Oldenburg führt derzeit bei der Gemeinde und ihren Eigengesellschaften und Eigenbetrieben eine Prüfung der Jahre 2008 bis 2011 durch. Da der Schwerpunkt der Prüfung bei den Eigengesellschaften liegt, wird die Prüfung von der Treuhand Oldenburg als Wirtschaftsprüfer von KBG und BTG begleitet. Die Treuhand Oldenburg hat heute die Gemeindeverwaltung und die Geschäftsführung von KBG und BTG über den Zwischenstand informiert.

In der Aufsichtsratssitzung der KBG am 07.10.2013 werden die Zwischenergebnisse im Rahmen des Zukunftskonzeptes erörtert. Die Thematik ist insgesamt von der Gemeinde als Gesellschafterin noch in den Ratsgremien zu diskutieren.

BM Dr. Schilling macht deutlich, dass für ihn die Steuerpflicht für eigene Leistungen, insbesondere Leistungen einer Gemeinde an eine defizitäre Eigengesellschaft, unverstänglich sei. Hier bestehe akuter Diskussionsbedarf über eine Umstrukturierung der Gesellschaften.

- 20 -

## **4 Bericht zum Stand der Haushaltsführung**

Die Verwaltung berichtet zum Stand der Haushaltsführung

Auf Anfrage des AM Haake teilt FBL Meyer mit, wie sich die deutliche Erhöhung der Ist-Zahlen bei den Heizkosten vom 31.08.2012 zum 31.08.2013 ergibt. Zum einen sei am 01.10.2012 der Gaspreis um 13 % gestiegen. Durch den langen Winter 2012 bis 2013 könne man von einem Mehrverbrauch von rund 10 % ausgehen. In erster Linie ergibt sich diese Differenz jedoch dadurch, dass in 2012 hohe Erstattungen für 2011 Ist-mäßig geflossen seien. In der Ergebnisrechnung seien diese Zahlungen dem Jahr 2011 zuzurechnen; da sie tatsächlich 2012 geflossen sind, weist das Ist zum 31.08.2012 jedoch einen deutlich geringeren Betrag aus.

- 20, III -

**5**     **Haushalt 2014**  
          **Vorlage: BV/2013/168**

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage. Er weist darauf hin, dass die Veranschlagung der Stiftung Hempen noch fehle. Diese werde sich haushaltsneutral verhalten und im nächsten Entwurf dargelegt.

AM Haake verweist auf den Beschluss in der letzten Ratssitzung über die Beteiligung an der EWE. Der Haushaltsentwurf beinhalte eine Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1,5 Mio. €. Gerade für solche Fälle hätte man Liquidität vorhalten müssen.

BM Dr. Schilling entgegnet, dass man nicht nur den Schuldenstand betrachten dürfe. Kreditaufnahmen für Investitionen können durchaus auch wirtschaftlich sein. Zudem habe fast jeder Haushaltsentwurf eine Kreditaufnahme vorgesehen. Häufig habe sich jedoch im Jahresverlauf gezeigt, dass die Aufnahme nicht notwendig wurde.

AM Haake ist der Meinung, dass bei der Sanierung der Steganlage beim Bundeswehrkrankenhaus keine Verbreiterung auf 2,50 m notwendig sei, wenn diese rund 55.000 € Zusatzausgaben bedeute. FBL Meyer weist darauf hin, dass die 50%ige Förderung durch die NBank jedoch nur fließe, wenn der Steg verändert wird. Ein reiner Ersatz wäre nicht förderfähig.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Fischer mit, dass in das Investitionsprogramm für das Jahr 2016 400.000 € für eine Kita in Ofen vorsorglich aufgenommen wurden. Die derzeitige Entwicklung der Baugebiete in Ofen deute darauf hin, dass dort in den nächsten Jahren zusätzliche Kita-Plätze benötigt werden. Es gibt noch keine konkreten Planungen, derzeit handelt es sich um einen reinen Pauschalansatz. AV Dr. Martin regt an, darüber nachzudenken, ob für diesen Zweck eventuell Räumlichkeiten von der Stiftung Hempen angemietet werden könnten.

AM Haake bittet zu prüfen, ob die geplanten Investitionen in den Maschinenpark des Baubetriebshofes in dieser Höhe wirklich notwendig seien.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Haushaltsentwurf 2014 und das Investitionsprogramm 2013 bis 2017 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf soll Grundlage für die Fachausschussberatung sein und anschließend erneut im WuFT beraten werden. Den Fachausschüssen wird empfohlen, sich im Rahmen des vorgelegten Entwurfes zu bewegen und weitere Einsparungen zur Vermeidung einer Kreditaufnahme vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:     einstimmig**

- I, II, III, 20 -

**6**     **Breitbandausbau in der Ortschaft Dänikhorst**  
          **Vorlage: BV/2013/164**

**Beschlussvorschlag:**

Dem Ortsbürgerverein Dänikhorst e. V. wird für den beabsichtigten Breitbandausbau in der

Bauerschaft ein Zuschuss in Höhe von 22.000 € netto (ca. 26.200 € brutto) gewährt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

- I -

**7 Straßenausbaubeitragssatzung**  
**Vorlage: BV/2013/166**

AL Wichelmann erläutert die Vorlage.

Auf Anfrage des AM Dehnert erläutert FBL Oeljeschläger die Verfahrensweise in den anderen Ammerland-Gemeinden.

AL Wichelmann weist auf Anfrage von AM Dr. Wengelowski darauf hin, dass die Straßenausbaubeitragssatzung 100 % rechtsicher nur ohne Zuschussregelung sei. Die Aufnahme einer Zuschussregelung sei nicht einfach, jedoch könne man Möglichkeiten finden. Dadurch entstünde jedoch ein hoher Arbeitsaufwand. Daher sollte vorab feststehen, ob eine Straßenausbaubeitragssatzung wirklich gewollt sei.

AM Köster verweist auf die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Oldenburg. Hier veranlagt man die Anlieger mit 10 € pro Quadratmeter. Eine zweite Heranziehung sei erst nach 30 Jahren möglich. Er spricht sich für den Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung aus, jedoch im vertretbaren Rahmen und ohne Härten.

AM Mickelat befürwortet grundsätzlich auch den Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung. Ihm stellt sich die Frage, ob ein Passus aufgenommen werden kann, dass der Rat pro Straße eine individuelle Zuschussregelung beschließen kann. AL Wichelmann sieht dies sehr kritisch. Er sagt eine Prüfung zu.

Die Verwaltung wird weitere Grundlagen, insbesondere über eine individuelle Zuschusszahlung, erarbeiten und die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des WuFT erneut vorlegen.

- I, III -

**8 Anfragen und Hinweise**

Keine.

**9 Einwohnerfragestunde**

**9.1 Fördergelder für Straßensanierung**

Frau Brettschneider berichtet, dass ein Treffen aller Verkehrsminister in Berlin stattgefunden habe. Dort habe das Land Niedersachsen Fördergelder zu Straßensanierungen in Millionenhöhe beantragt.

- III -

**Nicht öffentlicher Teil**

AV Dr. Martin schließt die Sitzung.

Dr. Martin

Oeljeschläger

Buß



Ausschussvorsitzender

Fachbereichsleiter

Protokollführerin